

ANDREAS MATTFELDT MdB

Verden-Osterholz

BERLIN AKTUELL

Liebe Freunde,

zwei aufeinanderfolgende Sitzungswochen in Berlin sind für mich noch nie eine Freude gewesen. Ich freue mich daher schon, endlich wieder in unsere schöne Region zurückzufahren. In diesen zwei Wochen wurden aber wichtige Entscheidungen getroffen. Im letzten Newsletter hatte ich die Energiethemen – insbesondere die Thematik Heizungstausch – etwas ausgeklammert, da auch diese Woche im Zeichen der Energiepolitik stand. Mittlerweile hat die Bundesregierung endlich das lange angekündigte Förderkonzept veröffentlicht, zu dem mich bereits im Vorfeld viele Fragen erreicht hatten. Ich werde daher natürlich auch in Zukunft noch weitere Informationen zur Verfügung stellen.

Auch das Thema Wolf wurde diese Woche heiß in Plenum de-

battiert. Hierzu und zu weiteren Themen daher gleich mehr.

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße

Ihr/Euer



Andreas Mattfeldt

THEMEN DER WOCHE



Antrag zum Wolfsmanagement der CDU/CSU

Diese Woche fand im Plenum auf Antrag der CDU/CSU eine Debatte zum Thema Wolf statt. Der Wolf hat sich in Deutschland in den letzten Jahren exponentiell vermehrt und verbreitet. Täglich hören wir Berichte, dass der Wolf in landwirtschaftlichen Tierbeständen gerissen hat. Menschen wurden bei uns in der Region bereits bedrängt und Reiter ins Visier genommen.

Auch bei uns in der Region ist der Umgang mit dem Wolf ein großes Thema. Artenschutz auf der einen Seite und Schutz von Mensch und Nutztier auf der anderen. In Niedersachsen gibt es heute mehr Wölfe als in ganz Schweden was erheblich geringer besiedelt ist. Eine kontrollierte Entnahme muss deshalb in meinen Augen möglich sein, um den Bestand zu reduzieren und Tierbestände und Menschen zu schützen. Denn die ursprünglich berechnete Mindestanzahl an Wölfen, die allein un-

sere Region tragen kann, ist bereits seit langem überschritten.

Aus diesem Grund haben wir unseren Antrag zur Bejagung des Wolfes eingebracht, über den im Anschluss alle Abgeordneten namentlich abgestimmt haben. Ich finde es unbegreiflich, wie die FDP sich zu diesem Thema verhält und mehrheitlich blind mit dem Rest ihrer Ampelkoalition gegen eine Entnahme gestimmt hat. Das zeigt in meinen Augen, dass sie ihre parteiliche DNA mittlerweile fast vollends aufgegeben haben. Ich empfehle für diejenigen, die genauer hinschauen möchten, sich die Abstimmergebnisse auf der Bundestags-Internetseite einmal genau anzusehen. Hier kann man jeden Namen namentlich mit dem Abstimmergebnis nachschauen, die im Übrigen auch für unsere Region interessant sind.

Zukunftsthemen Energiewende und Wirtschaft

Wie nun seit über einem Jahr waren auch diese beiden Sitzungswochen im Bundestag von energiepolitischen Themen bestimmt, die auch die Zukunft unserer Gesellschaft und Wirtschaft bestimmen.

Der Weg hin zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 wird mit marktwirtschaftlichen Instrumenten und Technologie, aber nicht mit Verboten und Gängelung gelingen. Das unterscheidet uns von der amtierenden Bundesregierung. Deutschland braucht mehr Ingenieure und weniger Ideologen. Deutschlands Wirtschaft braucht wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen. Dazu gehört eine versorgungssichere und bezahlbare Energieversorgung, die zur Erreichung der Klimaschutzziele beiträgt. Träumereien von „De-Growth“ als vermeintliche Antwort auf den Klimawandel erteilen wir eine klare Absage. Wir müssen hier ganz klar aufpassen: Länder wie China sind gerade dabei uns den Rang abzulaufen und auch die USA setzen in den letzten Jahren verstärkt auf „America First“ und Konkurrenz. Deutschland und die EU müssen sich endlich klar werden, dass längst ein neues Zeitalter begonnen hat, in dem auch die europäischen Nationen wieder um Wohlstand und Sicherheit kämpfen müssen. Dies erfordert Pragmatismus, der gerade bei den Grünen nach wie vor nicht zu erkennen ist.

Dies zeigt sich bereits in Heizungstauschprogramm von Grünen-Minister Habeck und SPD-Ministerin Geywitz. Medial waren die ursprünglichen Pläne ja ausgiebig dargestellt worden und auch ich hatte in den letzten Wochen an verschiedenen Stellen über die Vorgänge im Bundestag dazu berichtet. Fakt ist, dass hier ideologisch etwas durchgedrückt werden sollte, obwohl es weder sozial- oder wirtschaftsverträglich noch mit unseren Ressourcen darstellbar war. Wichtiger wäre es gewesen, die Atomkraftwerke weiterlaufen zu lassen und für eine langfristige Senkung der Strompreise zu sorgen. Mit steigenden Emissionspreisen und sinkenden Strompreisen würden die Bürger langfristig selbst die Heizungen tauschen – ohne Zwang und ohne milliardenschwere steuergespeiste Förderungen. Es bleibt abzuwarten, wie sich der – immerhin abgeschwächte – aktuelle Entwurf im parlamentarischen Prozess noch entwickeln wird. Ich zumindest habe in vielen Telefonaten und Nachrichten die Sorgen der Bürger wahrgenommen. Ich hoffe, dass auch die Bundesregierung die Stimmen berücksichtigt.

Mit dem Unions-Antrag „Wärmewende versorgungssicher, nachhaltig und sozial gestalten“ haben wir als Opposition immerhin 20 Vorschläge für eine technologieoffene, nachhaltige und soziale Wärmewende entworfen. Dazu gehören unter anderem der Ausbau der Netze und Speicher, steuerliche Verbesserungen für Sanierungen, einen breiten technologischen Ansatz sowie Sicherstellung der sozialen Verträglichkeit.

In der nächsten Sitzungswoche (KW 19) wird es dann auch um den deutschen Wasserstoffhochlauf gehen.

Stillstand überwinden – Nachhaltiges Wachstum für mehr Wohlstand und Arbeitsplätze stärken

Mit unserem Antrag **Stillstand überwinden – Nachhaltiges Wachstum für mehr Wohlstand und Arbeitsplätze stärken** fordern wir: Es braucht ein wirtschaftspolitisches Gesamtkonzept, um aktuellen Herausforderungen – hohe Energiepreise, zu viel Bürokratie, zu langsamen Planungs- und Genehmigungsverfahren, hohe Steuern und Sozialabgaben sowie den erheblichen Mangel an Fach- und Arbeitskräften – zu meistern und Deutschland wieder wettbewerbsfähig zu machen. Der starke Fokus des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) auf Klima- und Energiefragen greift hier zu kurz. Auch der Inflationsdruck ließe sich reduzieren, wenn die Regierung ihren bislang eingeschlagenen Kurs wenig zielgenauer finanzieller Entlastungen aufgab und die Unternehmen und Bürger mit besseren Rahmenbedingungen wirkungsvoll entlastet. Die deutsche Wirtschaft befindet sich am Scheideweg. Jetzt droht eine „Stagflation“. Erst die Krisenjahre, dann eine langanhaltende Wachstumschwäche der hohen Inflation, das könnte den Wirtschaftstandort Deutschland schwer zusetzen. Wichtig ist jetzt, das Arbeitskräfteangebot und die Produktivität zu stärken. Es muss wieder um Bildung, Investitionen und Innovationen gehen – für mehr Wachstum, Wohlstand und möglichst viele gut bezahlte Arbeitsplätze.

Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im internationalen Steuerwettbewerb

In dieser Woche debattieren wir im Plenum unsere Große Anfrage zum Steuerwettbewerb. Deutschland verliert nach internationaler Studie des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) im Wettbewerb mit 20 anderen führenden Wirtschaftsnationen weiter an Wettbewerbsfähigkeit. Bisher konnte die Bundesregierung – entgegen der Ankündigungen in Koalitionsvertrag – weder ein schlüssiges Konzept zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit im Vorfeld noch geeignete Maßnahmen dazu umsetzen. Da verwundert es nicht, dass laut der ZEW-Studie Deutschland der große Verlierer im Standortwettbewerb sei. Grund dafür seien zu viel Bürokratie, die hohe Steuerlast, sinkende Innovationsbereitschaft, hohe Energiekosten und der Arbeitskräftemangel. Deutschland könne Wettbewerbsvorteile in Nordamerika, Westeuropa und Skandinavien kaum noch mithalten. „Während andere Staaten in Infrastruktur

investieren oder ihr Steuersystem reformieren, kommt Deutschland nicht voran.“ Die Bundesregierung hat angekündigt, die Große Anfrage erst Anfang Juni 2023 beantworten zu können.

Straßenblockierer und Museumsrandalierer härter bestrafen – Menschen und Kulturgüter vor radikalem Protest schützen

Was als friedliche Demonstration für das wichtige Anliegen des Klimaschutzes begann, hat sich in den vergangenen Wochen und Monaten in Teilen zu einem radikalen und aggressiven Protest gewandelt. Dieser Protest nutzt in Form von Straßenblockaden kriminelle Mittel und gefährdet dabei auch Leib und Leben von Menschen. Rettungskräfte werden bei der Bergung von Verletzten behindert. Bei diesem Protest handelt es sich nicht um politischen Aktivismus, sondern um Straftaten. Wir müssen dieser Radikalisierung entschieden Einhalt gebieten. Mit unserem Antrag **Straßenblockierer und Museumsrandalierer härter bestrafen – Menschen und Kulturgüter vor radikalem Protest schützen** fordern wir deshalb: Es bedarf einer klaren Antwort des Rechtsstaats, denn Straftaten sind keine Form demokratischer Meinungsäußerung. Der Rechtsstaat muss hart und entschlossen reagieren. Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger und auch unserer Kulturgüter brauchen wir schärfere Strafen für Straßenblockierer und Museumsrandalierer.

Für Humanität und Ordnung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik: Kommunen in der Migrationspolitik unterstützen, Forderungen aus dem Kommunalgipfel umsetzen

Am 30. März 2023 haben wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion Entscheidungsträger der kommunalen Ebene nach Berlin eingeladen. Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte aus ganz Deutschland kamen parteiübergreifend beim Kommunalgipfel zusammen, um über die aktuelle Flüchtlings- und Migrationslage zu diskutieren. Aus den Beiträgen der Kommunalpolitiker wurden zwei Punkte deutlich: Erstens ist die Bereitschaft, geflohenen Menschen in Not beizustehen, überall in unserem Land nach wie vor groß. Zweitens ist aber festzustellen, dass die faktischen Ressourcen für die Aufnahme weiterer Asylbewerber an ihre Grenzen stoßen. Es fehlt an mehr als nur an Geld: Es mangelt an Wohnraum, Kinderbetreuung und Kapazitäten in Behörden und Schulen. Auf wirksame Hilfe der Bundesregierung konnten die Kommunen bisher nicht zählen: Die beiden „Flüchtlingsgipfel“ bei der Bundesinnenministerin blieben ohne Ergebnis. Gemeinsam mit den Kommunen stehen wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion für das Ziel von Humanität und Ordnung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Wir teilen die Sorge der Kommunalpolitiker um die Akzeptanz des Asylsystems. Deshalb haben wir im Nachgang zum Kommunalgipfel einen Leitartikel für diese Sitzungswoche mit den Kommunen erarbeitet und abgestimmt. Darin fordern wir: Die Migrationspolitik muss endlich Chefsache innerhalb der Bundesregierung werden. Die Bundesregierung hat es in der Hand, die Zahl der Asylbewerber, die nach Deutschland kommen, spürbar zu reduzieren und zu steuern. Auch muss der Bund den Kommunen bei den entstehenden Kosten zur Seite stehen. Nur so können wir die Kommunen entlasten und die Akzeptanz für die humanitäre Verantwortung Deutschlands für tatsächlich Schutzbedürftige erhalten.

Straßenblockierer und Museumsrandalierer härter bestrafen – Menschen und Kulturgüter vor radikalem Protest schützen

Teile der Klimabewegung haben sich in den letzten Monaten radikalisiert und nutzen mittlerweile steigend aggressivere Aktionen. Diese Aktionen nutzen in Form von Straßenblockaden kriminelle Mittel und gefährden dabei auch Leib und Leben von Menschen. Rettungskräfte werden bei der Bergung von Verletzten behindert. Bei diesem Protest handelt es sich nicht um politischen Aktivismus, sondern um Straftaten. Wir müssen dieser Radikalisierung entschieden Einhalt gebieten. Mit unserem Antrag **Straßenblockierer und Museumsrandalierer härter bestrafen – Menschen und Kulturgüter vor radikalem Protest schützen** fordern wir deshalb: Es bedarf einer klaren Antwort des Rechtsstaats, denn Straftaten sind keine Form demokratischer Meinungsäußerung. Der Rechtsstaat muss hart und entschlossen reagieren. Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger und auch unserer Kulturgüter brauchen wir schärfere Strafen für Straßenblockierer und Museumsrandalierer.

Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz

Wir debattieren den Vorschlag der Bundesregierung für ein Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz. Mit dem Programm sollen Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung von Ökosystemen, die als CO₂-Senken fungieren und gleichzeitig eine hohe Biodiversität aufweisen, gefördert werden. Ein Bestandteil ist die Wiederherstellung und Wiedervernässung von Mooren. Für die Umsetzung des Aktionsprogramms sollen in den Jahren 2022 bis 2026 insgesamt vier Mrd. Euro bereitgestellt werden. Wir finden: Die Möglichkeit natürlicher CO₂-Senken zu nutzen ist richtig, das Potenzial allerdings begrenzt und der langfristige Erfolg der CO₂-Speicherung offen. Als zuständiger Haushalter für den Klima- und Transformationsfonds werde ich das Programm und Mittelfeffizienz auch weiterhin kritisch im Auge behalten.

TERMINE UND AUSBLICK IM BUND

- 23.-26. April: Staatsbesuch von Bundespräsident Steinmeier in Kanada
- 25. April: EU-Landwirtschaftsministerrat (klimaeffiziente Landwirtschaft, Marktlage Ukraine, GAP-Strategiepläne)
- 25. April: Beginn der Feierlichkeiten zum 75. Unabhängigkeitstag Israels
- 26./27. April: Integrationsministerkonferenz
- 27. April: BK Scholz empfängt den litauischen Staatspräsidenten Gitanas Nausėda
- 27. April: CDU-Zukunftskongress im Tempodrom, Berlin
- 27. April: Wahl von Kai Wegner zum Regierenden Bürgermeister von Berlin

- 28. April: Treffen der Euro-Gruppe
- 28. April: Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht Arbeitsmarktbericht April
- 28. April: Statistisches Bundesamt gibt Inflationsrate April bekannt
- 28. April: BK Scholz besucht mit MP Schwesig das Unternehmen Militenyi Biotech in Teterow und nimmt an Inbetriebnahme der Geothermieanlage Schwerin-Lankow teil
- 28./29. April: informeller EU-Wirtschafts-/Finanzministerat (Finanzmarkt, nachhaltige öffentliche Finanzen, Ukraine)